

möchte ich mich insoweit distanzieren, als dass ich nicht alle Kenntnisse zu diesem Prozess habe. Ich werde dieses Thema aber mit Interesse weiterverfolgen.“

Liebe GEW, sage ich einfach einmal, was habt ihr euch dabei eigentlich gedacht?

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Bisher legen wir immer großen Wert darauf, nicht mit Pauschalkritik umzugehen, sondern konkrete Sachen anzusprechen. Keiner von uns scheut sich hier in der Runde,

(Herr Güssau, CDU: Das hatten wir klar gesagt!)

direkt vor Ort zu gehen, sich die Probleme und Sorgen anzuhören, auch wenn wir nicht immer gleich die Patentrezepte parat haben. Aber was hier abgelaufen ist, das ist unter der Gürtellinie. - Entschuldigung.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich würde deshalb abschließend für meinen Bereich noch einmal anmerken: Wir können die Probleme nur mit Besonnenheit und Sachlichkeit lösen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Frau Reinecke, Frau Bull würde Ihre Redezeit gerne verlängern. - Bitte schön.

Frau Reinecke (SPD):

Ich möchte nicht antworten.

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Sie wollen nicht antworten? - Dann interveniert sie kurz, und Frau Pähle kann sich schon aufstellen.

Frau Bull (DIE LINKE):

Das macht sie. - Ich finde, es ist ein Stück weit befremdlich, wenn ein legitimer Prozess einer Gewerkschaft und eines Landeselternrates und vieler - in Halle waren es wirklich mehrere Hundert - auf diese Art und Weise in Misskredit gebracht wird.

Wir wissen genau, 14 100 Lehrkräfte haben wir derzeit vor der Schule. 14 300 waren es noch vor zwei Jahren. Dass die Misere in diesem Land groß ist, das wissen Sie sehr genau, wenn Sie in vielen Schulen unterwegs sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Jetzt hat Frau Dr. Pähle das Wort.

Frau Dr. Pähle (SPD):

Vielleicht gestattet es mir Frau Bull, auf die Intervention kurz zu antworten. - Frau Bull, es ist das legitime Recht eines jeden Bürgers, einer jeden Bürgerin, sich an die Abgeordneten zu wenden; darum geht es nicht. Worum es geht, ist: Die GEW bringt momentan die Leute auf die Bäume

(Frau Bull, DIE LINKE: Das hat sie schon längst!)

und hat keinen Plan, wie sie sie wieder herunterholt.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Die von Ihnen angestrebten Zahlen zur Neueinstellung von Lehrern, darüber kann man trefflich diskutieren, das können wir gerne alles tun. Die grundsätzliche Frage wird sein:

(Zuruf von Frau Hohmann, DIE LINKE)

Finden wir sie? - Wir finden sie nicht deshalb nicht,

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU - Zuruf von Frau Hohmann, DIE LINKE)

weil Sachsen-Anhalt keinen Neueinstellungskorridor hat, sondern wir finden sie nicht, weil einfach der Markt bundesweit leergefegt ist.

(Zuruf von Frau Hohmann, DIE LINKE)

Wir können gerne darüber streiten, warum die MLU den Bereich der Lehrerbildung immer noch nicht als ihren Schwerpunkt begreift.

(Frau Bull, DIE LINKE: Gerne!)

Warum es dort notwendig ist, darum zu kämpfen, die Kapazitäten hochzufahren. Weshalb das Zentrum für Lehrerbildung sagt: Hätten sie nicht die Mittel vom Bund bekommen, wäre ihre Bedeutung in der Universität heute noch lange nicht so anerkannt wie jetzt. Das alles sind Sachen, über die müssen wir uns auch unterhalten.

(Zustimmung bei der SPD - Beifall bei der CDU - Herr Güssau, CDU: Sehr gut!)

Wenn Sie etwas zusammen mit uns tun wollen, um das Problem zu lösen - und hier gibt es niemanden, der das Problem nicht lösen will;

(Zustimmung bei der SPD - Frau Hohmann, DIE LINKE: Gerne machen wir das!)

wir alle wissen, wie es aussieht, und wir alle wollen Lösungen finden -, dann gehen Sie mit uns allen in die Schulen. Begeistern Sie junge Leute für das Lehramt. Erzählen Sie ihnen aber bitte nicht, sie sollen Deutsch und Sozialkunde für das Gymnasium studieren, sondern Sekundarstufe, und zwar Mathe, Physik, Chemie; das sind die Mangelfächer.

Dann reden wir gerne über Neueinstellungen in diesen Bereichen; denn dort brauchen wir sie.

Auch an den Förderschulen brauchen wir Lehrer, die für Integration und Inklusion zuständig sind. Wir brauchen Lehrer an den berufsbildenden Schulen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU - Zuruf von Frau Hohmann, DIE LINKE)

Das ist das, was wir brauchen.

(Zuruf von Frau Hohmann, DIE LINKE)

Ich bin in vielen Punkten, auch was die Unzulässigkeit von Kürzungen im Bildungsbereich betrifft, sicherlich Ihrer Meinung. Aber es immer so auf diese Punkte zuzuspitzen, wird der Komplexität des Systems nicht gerecht.

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf von Frau Hohmann, DIE LINKE)

Ich bin noch lange nicht dabei, zu sagen, unsere Hochschulen haben mit 500 Studiengängen zu viele. Wir dürfen auch nicht nur für Sachsen-Anhalt ausbilden und wir dürfen auch nicht nur für das ausbilden, was der Markt braucht. Aber bitte, bitte sorgen Sie mit dafür, nicht zu einer hochgeladen emotionalen Diskussion zu kommen, die den Leuten suggeriert: Wir schaffen Lösungen von heute auf morgen. Für beide Sachen ist der Bildungsbereich, weder in den Schulen noch im Hochschulbereich, geeignet. Das sind langfristige Prozesse. Wir können uns gerne darüber unterhalten, wie wir das machen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU - Herr Güssau, CDU: Sehr gut!)

Der Instrumentenkasten, wie wir das Problem lösen, wird sicherlich vielfältig sein. Man wird Sachen abschichten müssen.

(Herr Lange, DIE LINKE: Stehen Sie noch zum PEK? Wie sieht das aus?)

- Das PEK für den Lehrerbereich ist jetzt schon durch die Anpassung an den Bedarf in diesem Bereich nicht mehr die Verhandlungsgrundlage. Wir haben Neueinstellungen vorgezogen.

(Frau Bull, DIE LINKE: Genau, das ist der Punkt! Vorgezogen, sagen Sie! - Herr Lange, DIE LINKE: Das PEK stimmt nicht mehr! Nun sagen Sie es doch endlich!)

- Herr Lange, wenn ich Ihnen jetzt sage, das PEK stimmt an der Stelle nicht mehr, was ist dann anders?

(Frau Bull, DIE LINKE: Dann müssen wir anders planen und eine ehrliche Rechnung aufmachen!)

Das, was jetzt mit den zusätzlichen Stellen passiert für Sprachförderung, mit der Vertretungsreserve, ist schon ein Hinausgehen über das PEK. Es ist eine Anpassung an die Realität. Ich

bitte Sie, das einfach einmal zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Leider ist meine Redezeit abgelaufen.

(Herr Güssau, CDU: Schade! - Zuruf von der SPD: Schade! - Herr Lange, DIE LINKE: Sie haben alles gesagt!)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Frau Dr. Pähle, Sie hätten jetzt noch eine Minute Redezeit. Das ist hier ein bisschen durcheinander gekommen. Frau Bull möchte Ihre Redezeit auch noch verlängern. Eine Minute und dann Frau Bull.

Frau Dr. Pähle (SPD):

Ich nutze jetzt erst einmal die Minute. - Ich sage, dieser Landtag steht am Ende seiner Legislaturperiode.

(Herr Hoffmann, DIE LINKE: Das stimmt! Das ist gut so!)

Es gibt viele Überlegungen in allen Parteien, wie man dieses Problem lösen kann. Jetzt sage ich das auch mit selber heruntergefahrener Lautstärke und Emotionalität.

Der Bildungsbereich ist ein Bereich, der mit Vorausschau und mit Planungen einhergehen muss. Da nutzt es nichts, wie gesagt, von heute auf morgen den Leuten zu suggerieren, wir haben Lösungen. Vielmehr hoffen wir alle zusammen, dass sich im nächsten Landtag eine Mehrheit findet, die strukturell an das Problem herangeht.

Das fängt bei der Studienorientierung in den Gymnasien an. Das geht weiter beim Thema „Lehr- amtsausbildung zukunftsfähig gestalten“. Auch da haben wir schon einiges getan. Alle diese Sachen müssen umgesetzt werden, müssen Zeit haben, sich zu entwickeln.

Wir müssen darüber reden, wie Sachsen-Anhalt attraktiv wird. Wir müssen darüber reden, wie wir es hinkriegen, dass die Lehrerinnen und Lehrer, die bei uns am Ende ihres Studiums stehen und für das Lehramt zur Verfügung stehen, nicht nur in Halle bleiben wollen und nicht nur in Magdeburg, sondern in die Altmark, ins Mansfelder Land gehen und dort bleiben. Dafür sind Ideen gefragt. Das sind Ideen, die sind wesentlich wichtiger, als sich darüber zu beschweren, was in den letzten Jahren alles schiefgegangen ist. - Vielen Dank.

(Starker Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Mit der Redezeit war jetzt alles in bester Ordnung. - Jetzt wäre Frau Bull bereit und willens, an das

Mikrofon zu treten, und dann habe ich Frau Hohmann noch gesehen. - Bitte, Frau Bull.

Frau Bull (DIE LINKE):

Frau Pähle, in der Zielkurve sind wir uns dann fast wieder einig. Ich gebe auch zu, dass es kompliziert sein wird, diesen Weg zu korrigieren. Trotzdem gehört zur Wahrheit dazu: 2004 ist beschlossen worden, dass die Lehrerbildung in Magdeburg geschlossen wird. Die staatlichen Seminare sind zentralisiert worden. Das Personalentwicklungskonzept dieser Landesregierung ist erfolgreich.

Diese Misere haben wir jetzt. Ich sage noch einmal, in der Zielkurve kommen wir wieder nahe zueinander, aber es wird viel zu tun sein, und es wird schwierig sein, diese ganzen Pfade, die gelegt wurden in den letzten zehn Jahren, zu korrigieren.

Frau Dr. Pähle (SPD):

Da gebe ich Ihnen Recht. Auch Halle ist nicht glücklich damit, dass sie die Ingenieurwissenschaften weggenommen bekommen haben.

(Herr Lange, DIE LINKE: Das war auch falsch!)

- Das war auch falsch. Aber ich glaube, zur Realität gehört auch, dass es bei einer vielfältig aufgestellten Forschungs- und Hochschullandschaft in unserem Land an vielen Stellen sinnvoll ist, Dinge zusammenzufassen. Ob es sinnvoll ist bei der Lehrerbildung, darüber kann man noch einmal trefflich streiten.

(Herr Lange, DIE LINKE: Man hätte die Kapazitäten erhöhen müssen in Halle!)

Aber ich sage auch, warum es an anderen Stellen im Hochschulbereich - ich nenne hier nur die Landwirtschaft - nicht dazu kommt. Dass die Martin-Luther-Universität zusammen mit der Hochschule Anhalt nicht zu gelebten Kooperationen kommt, ist ein Problem.

(Herr Lange, DIE LINKE: Das sehe ich auch so!)

Das zeigt sich an vielen Stellen. Nicht alles an der Zusammenlegung und Konzentration ist immer schlecht. Man muss dann sehen, wie man es weiterentwickelt, wenn die Entwicklung, die man erhofft hat, nicht eingetreten ist. Das werden wir hier gemeinsam diskutieren müssen.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Jetzt hat Frau Hohmann das Wort.

Frau Hohmann (DIE LINKE):

Ich muss ganz ehrlich sagen, ich musste meine Emotionen ein bisschen im Zaum halten, aus dem

ganz einfachen Grund: Ich bin 30 Jahre lang Lehrerin an einer Schule gewesen. Und wir haben schon vor fünf Jahren, bevor ich hier in den Landtag gekommen bin, diese Probleme der Unterrichtsversorgung gehabt.

Soweit ich Bescheid weiß und soweit ich auch im Bildungsausschuss mit gewesen bin, haben wir mehrfach und ganz intensiv darauf abgezielt, Anträge einzubringen, um diese Misere, die wir heute haben, schon anzumahnen und hier gegenzusteuern. Wenn Sie sich heute hier hinstellen und sagen, wir würden das nur aus wahlkampfaktischen Gründen machen, halte ich das eigentlich nicht für richtig.

Frau Dr. Pähle (SPD):

Das habe ich nicht gesagt.

Frau Hohmann (DIE LINKE):

Ich finde, die fünf Jahre hatten Sie Zeit gehabt, genau diesem Stand, den wir heute haben, entgegenzuwirken. Aber alles, was ich in dem Ausschuss erlebt habe - das war meine erste politische Erfahrung mit einem Landtag -: Nur weil es von der Opposition kommt, wird es abgelehnt, und sich überhaupt nicht inhaltlich damit zu beschäftigen, das halte ich wirklich für sehr, sehr dramatisch.

Wir können nur immer wieder auffordern: Nehmt endlich wirklich dieses Personalentwicklungskonzept gerade im Bereich der Lehrer weg; wir brauchen sie dringend. Das, was hier momentan gemacht wird, wird auf dem Rücken der Lehrkräfte getan. Das finde nicht in Ordnung.

(Beifall bei der LINKEN)

Frau Dr. Pähle (SPD):

Frau Hohmann, dass die Unterrichtsversorgung an den Schulen a) hervorragend ist, behauptet niemand. Sie ist b) aber auch sehr unterschiedlich. - Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt ist: In dem Bereich, in dem ich zuständig bin - das hat gerade im Bereich der Lehrerbildung dann auch mit Kolleginnen aus Ihrer Fraktion in den Bildungsausschuss hineingewirkt -, haben wir es hingekriegt, einen Antrag zur Gestaltung der Lehramtsausbildung gut zu formulieren, der auch Spielraum belässt, um zukünftigen Entwicklungen Raum zu geben.

Die Umstellung und das Prüfen, inwieweit Kapazitäten in den Studiengängen für das Lehramt jenseits der gewählten Schulform genutzt werden können, ist da ein Schritt. Das ist alles richtig. Da sind wir sogar bei Ihnen. Es nützt aber alles nichts, wenn diejenigen, die anfangen, einen Lehramtsstudiengang zu studieren, klipp und klar sagen: Ich will nur an ein Gymnasium.

Wir müssen dafür sorgen, dass auch in den anderen Stufen Lehrerinnen und Lehrer ausgebildet werden, dass es Leute gibt, die sagen, jawohl, ich will in die Sekundarschule gehen. Die Sekundarschullehrer retten uns nämlich - ganz ehrlich gesagt - den Hintern.

(Zustimmung bei der SPD)

An der Stelle passiert zu wenig. Da kann man nicht nur danach rufen, dass es mehr Lehrerstellen insgesamt braucht, sondern man muss auch dafür sorgen, dass es genügend Leute gibt, die man einstellen könnte, wenn sie denn fertig ausgebildet sind. Da sind wir alle zusammen noch ganz am Beginn des Weges. Da wäre ich froh, wenn den nicht nur einzelne Fraktionen gehen, sondern vielleicht alle gemeinsam.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Frau Dr. Pähle, Frau Professor Dalbert möchte Sie noch etwas fragen.

Frau Dr. Pähle (SPD):

Meine Zeit läuft weiter.

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Lassen Sie die Zeit laufen. - Bitte, Frau Professor Dalbert.

Frau Prof. Dr. Dalbert (GRÜNE):

Frau Dr. Pähle, ich habe zwei Fragen an Sie. Fangen wir mit Ihrer letzten Einlassung an. Wir haben im Ausschuss darüber debattiert, ob es nicht sinnvoll wäre, die Ausbildung nach den didaktischen und entwicklungspsychologischen Belangen zu strukturieren, also Primarstufen- und Sekundarstufenlehrer, unabhängig von der Schulform. Das ist von CDU und SPD abgelehnt worden.

Wir wissen, dass die Berufswahl oder die Studienwahl etwas damit zu tun hat, dass die Leute eine Neigung haben, die Schule zu wählen, die sie kennen. Die Abiturienten kennen die Sekundarschule gar nicht. Insofern ist das auch ein Grund, außer dass es auch vernünftig wäre, vom Inhalt her zu sagen, wir machen Stufenlehrer. Das ist von CDU und SPD abgelehnt worden. Das wäre ja ein wichtiger Schritt, um genau das Problem, das Sie ansprechen, zu lösen.

Insofern finde ich das jetzt einen schwierigen Punkt, dass Sie einen Vorschlag ablehnen, der zu diesem Problem eine gute Lösung wäre. - Erster Punkt.

Zweiter Punkt: Ich würde gern von Ihnen wissen, ob Sie denn 700 Studienplätze für Lehramtsstudierende in der Zukunft für ausreichend erachten.

Frau Dr. Pähle (SPD):

Zu dem ersten Punkt, Frau Dalbert. In dem Beschluss „Lehramtsausbildung zukunftsfähig gestalten“ haben wir ein Bekenntnis zur klassischen Ausbildung mit der Möglichkeit und dem Überprüfen, die Umstellung auf diese Stufenlehrer vorzubereiten und auszuüben. Ja, diese Formulierung ist ein Kompromiss; das ist so. Darüber wird man erneut diskutieren müssen.

Aber - das sage ich auch -: Auch die Umstellung weg von der klassischen Lehramtsausbildung in den verschiedenen Bereichen so, wie sie jetzt ist, auf den Stufenlehrer wird man nicht von heute auf morgen hinkriegen; da gibt es verschiedene Sachen, die man bedenken muss, die man auch rechtlich klären muss. Darüber wird man dann diskutieren müssen. Ich persönlich wäre gern bereit, weiter darüber zu diskutieren und zu schauen, was geht und was nicht geht.

Frau Dalbert, ganz ehrlich, ob 700 Studienplätze reichen oder ob sie nicht reichen, ist, glaube ich, eher ein Glaubensbekenntnis als eine realistische Aussage; denn bei diesen Zahlen ist immer die Frage: Wie entwickeln sich die Kapazitäten in anderen Bundesländern? Kriegen wir es hin, dass nicht unsere Absolventen nach Sachsen, nach Brandenburg gehen, sondern wir Absolventen aus Brandenburg und Sachsen gewinnen können? - All diese Sachen stehen offen. Von der Warte her ist das Festhalten an einer reinen Zahl ein reines Glaubensbekenntnis und hat wenig mit der realistischen Lösung der Probleme zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank. - Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben damit die Aktuelle Debatte beendet. Beschlüsse zur Sache werden nicht gefasst. Damit ist der Tagesordnungspunkt 38 abgearbeitet. Wir begrüßen ganz herzlich auf der Besuchertribüne Damen und Herren der CDU-Ortsgruppe „Sieben Säulen“ Dessau-Roßlau. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 36**, wo wir nach § 45 der Geschäftsordnung des Landtages die Fragestunde aufrufen:

Beratung

Kleine Anfragen für die Fragestunde zur 47. Sitzungsperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt

Fragestunde mehrere Abgeordnete - **Drs. 6/4468**

Es liegen sechs Kleine Anfragen vor. Das Thema der **Frage 1** lautet „**Regelungen zur Beflagung**“